

vielmehr, Karriere zu machen. Der Student der Philosophie und Theologie ist Präsident der Oxford Union – wie es vor ihm die britischen Premiers Heath, Macmillan, Asquith und Gladstone in ihrer College-Zeit waren. Dies ist die Kinderstube des englischen Parlamentarismus, so, wie Oxford das nationale Elite-Reservoir darstellt: Von 49 englischen Regierungschefs haben 24 in Oxford studiert.

Und doch, meint Malcolm Bull, „der Weg ins Establishment ist rutschiger als früher, die Konkurrenz wird immer schärfer. Viele Kommilitonen reden davon, wie sie schnell Geld machen können.“ Das Mittelklasse-Trauma.

An jenem Diskussionsabend indes hebt er ein Portwein-Glas am Dinner Table der Oxford Union: „The Queen“ sagt er laut, und obwohl die Königin nicht da ist, prosten ihr alle zu – der Sozialist, der Amerikaner aus dem Pentagon, die jungen Gastgeber sowieso.

Bis auf den letzten Platz gefüllt ist dann das Auditorium der Oxford Union, als Caspar Weinberger das Wort ergreift: Ein weltuntergangsmächtiger Mann, mag E. P. Thompson denken. Ihm will der Verteidigungsminister aus Amerika antworten.

In großer Sorge um die Welt gestikulierend, hatte Thompson die Sündenfälle amerikanischer Außenpolitik von Vietnam bis Mittelamerika beim Namen genannt (die sowjetischen übersprang er), hatte dann die Atomaufrüstung der Supermächte beklagt, als seien sie vor allem Ausdruck herrschstüchtiger, moralischer Verkommenheit – und nicht das gefährliche Ergebnis eines selbständig gewordenen Sicherheitsprozesses –, und war schließlich ins utopische, atomfreie Feiertagsland eines zukünftigen, europäischen Neutralismus vorgestoßen.

„Europa“, erklärte der gelehrte Friedenskämpfer seinem amerikanischen Gegner, „meditiert derzeit über seine eigene Unabhängigkeitserklärung.“ Ahnte Weinberger, daß die Europäer bei diesem moralischen Geschäft erst bis zur Regulierung der Schweinepreise vorgestoßen sind?

Moral, so lehrt man seit einem halben Jahrhundert an den britischen Colleges, zumal in Oxford, ist nur eine grammatikalische Übereinkunft: „Wenn wir uns alle darüber einigen, was die Wörter ‚du mußt‘, ‚du sollst‘ und ‚du darfst‘ bedeuten, dann können wir auch eine ‚Moral‘ haben“, meint ein ortsansässiger Sprachgelehrter.

Übernatürliche Moral-Begründungen – Zehn Gebote aus dem Jenseits etwa – lehnt man in einer Stadt ab, in der für die metaphysische Idee von „unendlich“ ein ganz nüchternes Zeichen erfunden wurde – eine müde, liegende Acht: ∞. Mehr nicht.

Caspar Weinberger hingegen will von einem großvolumigen Moralbegriff nicht

lassen, um die Außenpolitik seiner Nation recht vorteilhaft abzuheben von derjenigen der Sowjet-Union.

„Das Sowjet-System“, sagt er, „hat die Bedeutung von Moral auf den Kopf gestellt.“ Wer wolle das bezweifeln, außer streitlustigen Oxford-Studenten, angesichts totalstaatlicher KGB-Kontrollen, angesichts von Gulag, Zwangstherapie für Dissidenten oder gar der Expansionsgeschichte der UdSSR?

Doch Caspar Weinberger, die Hände gefaltet, verfällt auf die riskante Idee, die „Moral amerikanischer Außenpolitik“ aus der innenpolitischen Freiheit des demokratischen US-Systems herzuleiten. Das geht schief.

Die Moral amerikanischer Außenpolitik, meint er, sei lediglich ein Reflex jener innenpolitischen Freiheit des Kongresses, Kontrolle auszuüben. „Wieviele Mann haben im sowjetischen Politbüro den Einmarsch in Afghanistan beschlossen?“ fragt Weinberger und antwortet sich selbst: „Vielleicht ein Mann, vielleicht fünf. Das ist unmoralisch!“

Amerikas Außenpolitik hingegen sei eine Darstellung politischer Moral – weil, so der Pentagon-Befehlshaber, sie der „moralischen“ Revision der Öffentlichkeit, des Parlaments unterworfen sei.

Einspruch eines Studenten: „Was Sie sagen, Mr. Weinberger, ist dies – eine außenpolitische Handlung ist so lange moralisch, solange sie widerrufen werden kann.“

Weinberger: Nickt.

Student: „Eine unmoralische außenpolitische Handlung kann aber nicht dadurch im nachhinein moralisch werden, daß der US-Kongreß ihre traurigen Konsequenzen verurteilt.“

Weinberger: Nickt nicht mehr.

Fest überzeugt von der ethischen Größe seiner Nation, kündigt er statt dessen den weiteren Ausbau der geplanten Anti-Raketensysteme im Weltraum an: Auch dies sei eine moralische Manifestation Amerikas; denn in der bisherigen Nuklearstrategie seien ja stets die Zivilbevölkerungen zur Geisel der Abschreckungsstrategie gemacht worden. Die Verlagerung der Verteidigungslinie ins Weltall hinaus sei ein moralischer Akt.

So hat der Diskussionsabend unvermittelt den Gipfel der Geistverlassenheit erreicht, es darf nun abgestimmt werden über den Beschluß-Antrag („Zwischen der sowjetischen und der amerikanischen Außenpolitik gibt es keinen moralischen Unterschied“): 271 der Anwesenden lehnen ihn ab, 232 folgen ihm.

E. P. Thompson hat die Diskussion verloren. Es ist kurz vor Mitternacht. Die Demonstranten sind verschwunden. Der Bluthund schläft. Die Leibwächter des US-Verteidigungsministers knöpfen ihre Trenchcoats zu. Ihr Chef hat eine Schlacht gewonnen.



Wiederbewerber Reagan
Gefordert durch einen Außenseiter

auf die Frage parat, was ihn denn wohl zum Präsidenten qualifiziere.

Keine leichte Frage, wie man seit 1980 weiß, als der berühmte Edward Kennedy, von einem TV-Reporter nach seiner Amtsqualifikation befragt, derart ins Stocken und Stottern geriet, daß seine dümmliche Antwort zugleich zu seinem politischen Nachruf wurde.

Nicht so Gary Hart. „Je länger ich in der Politik tätig bin“, erklärte er, „desto fester bin ich davon überzeugt, daß ich wie geschaffen bin zum Regieren. Ich habe eine schnelle Auffassungsgabe und fälle meine Entscheidungen sehr, sehr schnell. Ich bin überzeugt von meinen eigenen Fähigkeiten... Viele Leute begreifen nicht, wie ein einzelner Mensch glauben kann, er könne dieses Land regieren. Ich habe keinerlei Zweifel daran, daß ich es kann, absolut keine Zweifel.“

LIBANON

Auf dem Sofa

Syriens Assad hat sein Ziel erreicht: Gegenspieler Gemayel kündigt den Libanon-Vertrag mit Israel.

Auf einer Behelfspiste zwischen Adschunje und Byblos, mitten in der christlichen Enklave des Libanon, stand allzeit startklar seit Wochen ein gearharter schweizerischer Tristar-Jet.

Mit der gut getarnten Maschine wollte sich Libanons Präsident Amin Gemayel nach Europa in Sicherheit bringen, wenn Drusen und Schiiten den Präsidenten-Palast im Beirut Vorort Baabda angegriffen hätten. Dies blieb ihm zwar erspart, doch am vorigen Mittwoch ging der Präsident dann an Bord der Flucht-

maschine, um jene Reise anzutreten, die für ihn unausweichlich war, wollte er den Flug ins Exil vermeiden – die Reise nach Damaskus.

Gemayel selbst hatte bei Syriens Präsident Hafis el-Assad um eine Unterredung gebeten. Von einem „Mini-Gipfeltreffen zwischen Gleichen“, auf dem eine Lösung der Libanon-Krise gefunden werden sollte, sprach aber nur der Präsident aus Beirut, dem die Soldaten weggelaufen sind und dessen Einfluß kaum mehr über seinen Palast hinausreicht.

Es war allen Beteiligten klar, daß es in Wirklichkeit zwischen Gemayel und Assad nichts zu verhandeln gab. Gemayel durfte lediglich kommen, um syrische Bedingungen entgegenzunehmen. Vor allem sollte er dem Pakt mit Israel vom 17. Mai vergangenen Jahres verbindlich abschwören.

Dazu hatte er sich längst durchgerungen. „Das Abkommen ist eine Leiche“, erklärte der Präsident kurz vor seinem Abflug nach Damaskus, „es gilt nur noch, sie zu beerdigen.“

Gemayel weiß, was er riskiert: Er spaltet das Lager der libanesischen Christen, die mehrheitlich die Verbindung zu Israel aufrechterhalten wollen. Ob er es andererseits schafft, seine bisherigen Feinde zu versöhnen, erscheint höchst unsicher.

Drusenführer Dschumblat jedenfalls will Gemayel „vor Gericht bringen, egal welche Vereinbarungen er mit Syrien getroffen hat“.

Doch nur die Syrer werden entscheiden können, was mit Gemayels Fassade-Präsidentschaft nun geschehen soll. Die anderen, die Gemayels Unabhängig-

keit nach dem Auseinanderbrechen der libanesischen Armee noch hätten retten können, hatten sich von ihm abgewandt.

Als letzte der multinationalen Friedenstruppen bereiteten vorige Woche die Franzosen ihren Abzug vor. Die Entsendung einer Uno-Truppe in den Libanon blockte Syrien-Freund Sowjet-Union im Sicherheitsrat ab.

Geradezu flehentlich um Hilfe suchend, hatte sich Gemayel noch vorletzten Woche an die Amerikaner und an die Israelis gewandt – vergebens. Während Wadi Haddad, der Sicherheitsberater Gemayels, die Regierung in Washington bat; Amerikas Schiffsgeschütze und Flugzeuge zum Schutz des wackligen Regimes und des Präsidentenpalastes in Baabda einzusetzen, holte sich Fadi Frem, der militärische Kommandant der vereinigten Christenmilizen, in Jerusalem eine Abfuhr.

Ein Treffen zwischen Gemayel und Israels Premier Jizchak Schamir, von dem Libanesen gesucht, kam nicht zustande. Schamir hatte den „Herzog von Baabda“ schon abgeschrieben.

Mit sicherem Instinkt nutzte Assad die Lage des hilflosen Gegenspielers. So deprimierend Gemayels Erfahrungen mit den Mächtigen waren, denen er bis zuletzt vertraut hatte, so eindringlich sollte nun der Welt vor Augen geführt werden, wieviel Brüderlichkeit Syrien für einen libanesischen Staatspräsidenten aufzubieten vermag, wenn er sich nur demütig an Damaskus wendet.

Assad inszenierte eine Polit-Show, wie sie Syriens Hauptstadt schon lange nicht mehr erlebt hat. Mit 21 Salutschüssen wurde Gemayel begrüßt. Am Flughafen



Gesprächspartner Gemayel, Assad in

wartete Hafez el-Assad mit sämtlichen Ministern und schloß seinen Gast breit lächelnd in die Arme. In den Straßen der Stadt wehten Hunderte von syrischen und libanesischen Fahnen – Amin Gemayel war von der symbolträchtigen Farce überwältigt, wie geplant. Wirkte er am Flughafen noch verkrampft und verlegen wie ein verlorener Sohn bei der Heimkehr, so löste sich seine innere Spannung während seines Aufenthalts immer mehr. Auf dem Besuchersofa des Gastgebers lächelte er naiv-verlegen wie ein Primaner. Journalisten sahen den 42jährigen Präsidenten mit vor Eifer heißem Kopf von den Unterredungen mit Assad kommen. Nach dem Fortgang der Gespräche gefragt, stieß Gemayel nur hervor: „Es läuft ausgezeichnet.“

Tapfer hatte der unerfahrene Präsident-ohne-Land versucht, dem Macht-Profi Assad wenigstens einige Zugeständnisse abzurufen: Sein Widerruf des Israel-Abkommens sollte nicht als persönliche Niederlage erscheinen.

Der gleiche Gemayel, der zu Beginn seiner Amtszeit die Syrer mehrfach und barsch aufgefordert hatte, endlich abzuweichen, meinte jetzt, Syrien möge sich doch verpflichten, zu irgendeinem Zeitpunkt seine Truppen heimzuziehen. Darüber hinaus erstrebte der maronitische Präsident Garantien für die Sicherheit der christlichen Gebiete des Libanon.

Assad, der mit seinen Gesprächspartnern fröhlich und augenzwinkernd umzugehen versteht, stimmte nur zu, daß es eine Verfassungsreform geben sollte, die den religiösen Gruppen einen gerechten Anteil an der politischen Macht sichern werde. Es war ein entscheidender Augenblick der jüngsten, 21monatigen Libanon-Krise. Israels ehemaliger Abwehrchef Saguy kommentierte: „Zum



Bombenanschlag in Beirut*: „Syrien schreibt die Geschichte dieser Region“

* Am Mittwoch voriger Woche.



Damaskus: „Es läuft ausgezeichnet“

erstermal erhielt Assad die Zustimmung aller religiösen Gruppen, auch der Christen, zur syrischen Vorherrschaft im Libanon.“ Aber nur von Gemayel.

Zweifellos wünschen die meisten Christen kein syrisches Endlos-Mandat für die Besetzung des Landes. Ex-Präsident Camille Schamun will entsprechende Zusagen Gemayels nicht honorieren. Milizenkommandant Fadi Frem warnte, er werde notfalls einen unabhängigen christlichen Kanton rings um die Hafenstadt Dschunje etablieren. Dieser Kanton würde dann Gemayels Autorität nicht anerkennen und „den Kampf gegen die syrischen Invasoren“ fortsetzen.

Die Linie des Präsidenten unterstützen im christlichen Lager ironischerweise nur zwei alte Todfeinde: der nordlibanesischen Christenführer Suleiman Franschieh, der mit der Familie Assad verschwägert ist, und Falangisten-Chef Pierre Gemayel, der Vater des Präsidenten. Er, früher einer der schärfsten Kritiker der syrischen Libanon-Politik, verkündet heute neue Erkenntnisse, etwa: „Der Libanon und Syrien sind wie Zwillinge.“

Solch unterschiedliche Einschätzung könnte das Christenlager spalten, das bisher immerhin einen relativ geschlossenen Machtfaktor in dem zerrissenen Land darstellte. Ohne große Mühe hätte Damaskus damit wieder eines seiner erklärten politischen Ziele im Libanon erreicht: „Gruppen zu spalten, bevor sie zu mächtig werden“, wie es Syriens Außenminister Abd el-Halim Chaddam einmal formulierte.

Schon haben sich die Forces Libanaises, wie sich die vereinigten Christenmilizen nennen, im Südlibanon aufgelöst. Die Christenkrieger traten geschlossen der von Israel trainierten und ausgerüsteten Truppe des unlängst verstorbenen Majors Saad Haddad bei. Sie wird inzwischen von Schabral Barakat beföh-

ligt, dem ehemaligen Stellvertreter Haddads.

Im Luftkurort Dschissin, in Sichtweite der israelischen Awwali-Linie, kamen 20 000 südlibanesischen Christen zu einer pro-israelischen Kundgebung zusammen, der größten, die es je im Libanon gegeben hat. In fanatischen, begeistert beklatschten Reden wandten sich ihre Wortführer gegen die Aufkündigung des Abkommens mit Israel.

Der Befehlshaber der örtlichen Falangisten, Nasar Nasarijan, genannt „Nasu“, erklärte: „Notfalls werden wir Gemayel trotzen.“ Dies würde den Bürgerkrieg von Christen gegen Christen bedeuten.

Daß der Libanon nicht zur Ruhe kommt, dafür sorgen auch die Israelis, die sich nach Gemayels Widerruf ihres Vertrages mit dem Libanon nicht zurückhalten werden. Premier Schamir warnte vor der einseitigen Aufkündigung. Sie stelle einen „äußerst schwerwiegenden Schritt dar, der hauptsächlich den libanesischen Interessen zuwiderlaufen“ werde.

Israel sei dann ebenfalls gezwungen, seine Abmachungen mit Beirut beiseite zu legen. Die Verteidigung seiner Nordgrenze werde dann ohne Rücksicht auf die „Souveränität der libanesischen Regierung im Süden des Landes“ stattfinden.

Die Israelis erwägen derzeit, sich im Südlibanon, möglicherweise nach einem weiteren Teilrückzug vom Awwali zum Sahrani-Fluß, auf Jahre hinaus festzusetzen, um von dort aus Israels Nordgrenze gegen Terrorattacken abzusichern.

Gleichwohl hofft Israel, daß selbst nach Gemayels Damaskus-Reise ein diskreter Dialog und eine gewisse Kooperation mit dem nördlichen Nachbarland möglich sei – wie schon vor der Invasion.

Bescheiden geworden sind die Amerikaner. Der für ihn schwer durchschaubaren orientalischen Querelen überdrüssig, den eigenen Wahltermin im November vor Augen, ließ Reagan die Libanesen wissen, sie sollten selbst nach einem Ausgleich mit ihren Nachbarn suchen.

Daß damit zwangsläufig die Syrer das Übergewicht im Libanon erhielten, jene Syrer, die Washington immer für die arabischen Erfüllungsgehilfen der Sowjet-Union gehalten hatte – das schien nun nicht mehr zu zählen.

US-Verteidigungsminister Caspar Weinberger fand sogar Gemayels Damaskus-Reise nicht schlecht. Wenn ein Waffenstillstand dabei herauspringe, sagte er, dann biete dies doch Gelegenheit, über den Abzug von Syrern und Israelis zu verhandeln. US-Außenminister Shultz, der voriges Jahr das libanesisch-israelische Abkommen erarbeitet hatte, machte gar den US-Kongreß dafür verantwortlich, daß die Reagan-Regierung keine vernünftige Libanon-Politik erarbeiten konnte.

Selbstbewußt und mit einiger Berechtigung frohlockte der syrische Rundfunk:

Sechste Studienreise nach Japan

Aufsatzwettbewerb

Eine Chance,

Japan kennenzulernen, wie es wirklich ist!

DAS MINISTERIUM FÜR AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN JAPANS gibt bekannt, daß es einen Aufsatzwettbewerb durchführt, um jungen Europäern die Möglichkeit zur Teilnahme an der diesjährigen Studienreise nach Japan zu geben: 53 junge Leute im Alter zwischen 18 und 34 Jahren werden aus den Einsendern der Aufsätze ausgewählt und vom Ministerium zu einem Besuch Japans eingeladen, wo sie aus erster Hand die verschiedenen Seiten des Landes unter politischen, wirtschaftlichen, industriellen, sozialen und kulturellen Gesichtspunkten kennenlernen sollen.

TEILNAHMEBEDINGUNGEN

1. Thema: „Was können Japan und Europa voneinander lernen, was können sie zusammen erreichen?“ Stellen Sie aus der Sicht der Bundesrepublik dar, welche Möglichkeiten und Ziele einer Zusammenarbeit in den verschiedenen Bereichen des politischen, wirtschaftlichen, kulturellen Lebens usw. bestehen.

2. Sie können den Aufsatz in deutsch, englisch oder französisch schreiben. Er sollte 2000 bis 3000 Wörter lang sein (mit der Maschine geschrieben). Fügen Sie eine kurze Zusammenfassung (höchstens eine Seite lang) bei.

3. Aufsätze, die von mehreren Personen verfaßt oder bereits veröffentlicht worden sind, können nicht angenommen werden.

4. Die Teilnehmer müssen die Staatsangehörigkeit eines EG-Landes besitzen und ihren tatsächlichen Wohnsitz in einem EG-Land haben, am 1. April 1984 zwischen 18 und 34 Jahren alt sein, dürfen bisher noch nicht in Japan gewesen sein und müssen die englische Sprache so gut beherrschen, daß sie sich an Diskussionen zu den oben genannten Themenkreisen beteiligen können.

5. Einsendeschluß ist der 15. April 1984 (Datum des Poststempels).

6. Der Aufsatz muß in vierfacher Ausfertigung einer der unten genannten Adressen überbracht oder zugeschickt werden. Nähere Auskünfte sind dort zu erfahren.

Japanische Botschaft:

5300 Bonn 1, Bonn-Center HI-701, Bundeskanzlerplatz

Generalkonsulate:

4000 Düsseldorf 1, Immermannstr. 45

2000 Hamburg 13, Badestr. 44

1000 Berlin 33, Wachtelstr. 8

8000 München 80, Prinzregentenplatz 10

6000 Frankfurt 90, Hamburger Allee 2-10

Anmerkungen: Auf der ersten Seite müssen der volle Name, Geschlecht, Geburtsdatum, Staatsangehörigkeit, gegenwärtige Anschrift (mit Telefonnummer), Beruf und Arbeitsplatz (falls ein Arbeitsverhältnis besteht) angegeben werden, auch wie der Teilnehmer von dem Wettbewerb Kenntnis erhalten hat. Der Aufsatz soll auf Seite 2 beginnen. Die Auswahl der 53 erfolgreichen Aufsätze erfolgt in Japan. Vor der endgültigen Entscheidung finden für etwa 70 Teilnehmer persönliche Interviews in Englisch statt, entweder bei der Botschaft oder einem Generalkonsulat. Reisetermine zur Auswahl: Ende August/Anfang September, Mitte September oder Ende September/Anfang Oktober 1984; jeweils zwei Wochen.

„Weder die USA noch die Zionisten, sondern nur wir schreiben die Geschichte dieser Region.“

Etlichen anderen Mitbewohnern der Region geht die syrische Dominanz allerdings schon zu weit. So warnte Saudi-König Fahd brieflich davor, den Libanon ganz aufzugeben. Die Folgen für die USA in der Region seien dann nicht abzusehen.

Da entschloß sich die ohnmächtige Supermacht zu einer Geste. Verteidigungsminister Weinberger stattete der US-Flotte vor der libanesischen Küste einen Besuch ab. Er betrat sogar libanesischen Boden und begab sich in die US-Botschaft. Eigentlich hatte Weinberger den Wunsch geäußert, auch mit Amin Gemayel zusammenzutreffen.

Doch der Libanon-Präsident, dem noch eine Woche zuvor ein Treffen mit Weinberger wichtiger als alles andere gewesen wäre, verzichtete jetzt darauf, den US-Verteidigungsminister zu sehen.

Als Weinberger libanesischen Boden betrat, bestieg Gemayel gerade das Flugzeug nach Damaskus.

SÜDAFRIKA

Zeit für die Mohrrübe

Pretoria arrangiert sich mit marxistischen Nachbarstaaten: Hunger in Mosambik, Krieg in Angola beschleunigen den überraschenden diplomatischen Ausgleich.

Mosambiks Regierungsblatt „Noticias“ überraschte seine Leser mit einem ungewöhnlichen Photo: Samora Machel, schwarzer Präsident der marxistischen Volksrepublik, schüttelt Roelof Botha, dem weißen Außenminister des kapitalistischen Apartheidstaates Südafrika, die Hand. Keiner der beiden Herren lächelte.

Machels Ernst war verständlich. Die Übereinkunft über „gutnachbarliche Beziehungen“, die beide Politiker in Mosambik getroffen hatten, erscheint Afrikas Nationalisten wie ein Canossa-Gang des schwarzen Revolutionärs. Ausgerechnet das glorreiche Frelimo-Regime mußte sich nun, um selbst zu überleben, mit dem rassistischen Feind arrangieren. Die von der Organisation Afrikanischer Einheit (OAU) geächtete Pretoria-Regierung erhielt von Mosambiks Sozialisten das Siegel der Anerkennung. „Ideologie weicht der Macht“, kommentierte die Londoner „Times“.

Botha hingegen verbiß sich wohl das Siegerlächeln aus Höflichkeit. Sein Land hat in den vergangenen Wochen diplomatische Erfolge erzielt mit Schachzügen, die der britische „Guardian“ eine „Übung in Bismarckscher Realpolitik“ nannte: Mit militärischer Gewalt und

wirtschaftlichen Lockungen errichtete das weiße Minderheitsregime eine Pufferzone im Norden seines umstrittenen Staates.

- ▷ Im Nordwesten entspannt ein Waffenstillstand im unerklärten Krieg mit Angola die Lage Namibias, der ehemaligen kaiserdeutschen Kolonie Südwestafrika.
- ▷ Im Nordosten begann Mosambik damit, Terror-Aktionen gegen den Apartheidstaat zu unterbinden. Es will die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Pretoria verstärken.
- ▷ Die Staaten dazwischen, Botswana und Simbabwe (wie auch Lesotho und Swasiland innerhalb Südafrikas), gewähren militanten Gegnern Preto-



Hungernde afrikanische Kinder
„Viermal sovjet amerikanische Hilfe“

rias keine Zuflucht mehr, weil sie wirtschaftlich zu abhängig von Südafrika sind.

„Ein bißchen Destabilisierung, fein abgestimmt, vollbringt Wunder“, freute sich die Johannesburgener „Sunday Times“ und sichtete schon „Friedenstauben über dem südlichen Afrika“. „Destabilisierung“ – das umschrieb Pretorias militärische Vorstöße ins „Feindesland“ von gestern. Die seien nun überflüssig geworden: Südafrikas stellvertretender Außenminister Louis Nel verkündete das Ende der „Versuche, die stabile Ordnung in Südafrika zu verändern, sei es durch Wirtschaftssanktionen, Kampagnen gegen Investitionen oder durch Revolution“.

Die Furcht der Weißen vorm Angriff aus dem Norden und dem Aufstand der eigenen schwarzen Mehrheit schien sich plötzlich zu verflüchtigen. Die weltweit geschmähte Apartheidsmacht sah schon den Ausweg aus dem selbstge-

bauten „Laager“, der Wagenburg der weißen Siedler. Südafrikaner gratulierten sich zu „burischer Beweglichkeit“ – statt Kommandounternehmen nun Verträge, statt Krieg nun Verhandlungen.

Da warnte dann sogar die „Neue Zürcher Zeitung“ vor der „Illusion“, daß die „Gesprächsbereitschaft“ der bislang feindlichen Nachbarn „ein Zeichen ideologischer Aufweichungserscheinungen sei oder daß die Schande der Rassentrennung in ihren Augen plötzlich zum Kavaliersdelikt geworden wäre“. Nur der „Überlebensinstinkt“ diktiert den schwarzen Staaten den „Dialog mit dem verhassten Nachbarn – ein Zustand, der nur allzu reversibel ist“.

Vorerst wohl aber nicht. Eine verheerende Dürre hat Südafrikas Nachbarländer mürbe gemacht. Durch die jahrelange Trockenheit breitet sich im ganzen südlichen Schwarzafrika der Hunger aus. Selbst die reichen Weißen werden in diesem Jahr einige Millionen Tonnen Mais einführen müssen.

Vor einer wahrhaft katastrophalen Lage aber sehen sich die jungen, unabhängigen Staaten. Nach dem Auszug weißer Farmer und Fachleute, nach mißlungenen Planwirtschaftsexperimenten bedroht die Dürre ihre Existenz. Die Wirtschaft bricht zusammen. Die Regierung kann nicht helfen. In Mosambik sind schon im letzten Jahr 100 000 Menschen verhungert. Mehr als 100 000 schleppten sich in einer Hungerkarawane ins benachbarte Simbabwe.

Weil gleichzeitig auch noch von Südafrika unterstützte Rebellen ihren Kampf gegen die Regierung in der Hauptstadt Maputo verstärkten, bot sich Mosambiks Machel keine Alternative zum Gespräch mit den Südafrikanern an. „Der Knüppel ist kräftig geschwungen worden“, urteilte die „New York Times“, „nun ist es Zeit für die Mohrrübe.“

Die neue Entwicklung in Afrika, die jetzt zu den sensationellen Schwarz-Weiß-Kontakten führte, hatte mit einem diplomatischen Kurswechsel in Amerika begonnen:

Nach Ronald Reagans Amtsantritt verkündete die westliche Supermacht für das südliche Afrika eine Politik des „konstruktiven Engagements“. Nach der apartheidskritischen Politik der Carter-Regierung wollte Washington nun Pretoria nicht mehr tadeln, sondern zum Dialog mit schwarzen Staaten ermuntern. Statt auf Entkolonisierung setzte Amerika auf einen modifizierten Status quo. Ein antikommunistisches Regime am strategisch wichtigen Kap hatte in Washington wieder außenpolitischen Vorrang.

Gleichzeitig aber verfolgten die Amerikaner die Unabhängigkeit für Namibia,